

Karl Mai

Halle, den 26.5.98

Quelle: <http://www.barkhof.uni-bremen.de/kua/memo/docs/lohn.pdf>

22. Juli 1998

Zur "produktivitätsorientierten" Lohnpolitik des DGB

=====

Inhaltsübersicht:

1. Zur Ausgangssituation
2. Zum Inflationsausgleich in der Lohnpolitik
3. Zur Primärverteilung des Volkseinkommens
4. Zur Determination der Wachstumsrate der Volkswirtschaft
5. Stundenlohnzuwachs und Produktivitätsrate
6. Lohnausgleich für Arbeitszeitverkürzung
7. Zum Urteil der Wirtschaftsforschung
8. Wirkung der Geldpolitik auf die Lohnpolitik
9. Zur Senkung von Lohnnebenkosten
10. Soziale Alimentierungsquellen
11. Fazit

1. Zur Ausgangssituation

Im Frühjahr hatte der DGB verkündet, daß die mehrjährige Politik der Lohnzurückhaltung beendet sei. Offenbar war der meßbare Effekt dieser Nachgiebigkeit gegenüber den Unternehmerverbänden zu sehr enttäuschend: Arbeitsmarktlage und Investitionsneigung hatten sich zeitweilig sogar verschlechtert, insgesamt wenig verbessert.

Neueren Verlautbarungen des SPD-Kanzlerkandidaten G. Schröder zufolge wird künftig von der SPD eine "produktivitätsorientierte" Lohnpolitik zur Leitlinie für die Tarifpartner favorisiert.

Um das Neue an einer solchen Politik herauszufinden, wäre wohl zunächst notwendig, das Typische der Einkommensentwicklung für abhängig Beschäftigte der letzten Jahre in Westdeutschland zu umreißen.

Unter dem öffentlichen Druck der neoliberalen Wirtschaftsideologie wich der DGB hier zwischen 1991 und 1997 auf eine Tarifpolitik aus, die im Ergebnis fast zur Stagnation der realen Bruttolöhne je westdeutschem Arbeitnehmer führte.

Die realen Nettolöhne je Arbeitnehmer in Westdeutschland aber sanken zwischen 1991 und 1997 um 6,5 Prozentpunkte (1991=100). /1/

Die bereingte Lohnquote am Volkseinkommen ging in Westdeutschland von 1991 zu 1997 um zwei Prozentpunkte auf 70,4 % zurück.

Von 1991 zu 1996 jedoch war ein Anstieg der Produktivität (auf der Basis Bruttoinlandsprodukt zu Preisen von 1991 je Erwerbstätigen) in Gesamtdeutschland bereits auf 113,8 % gegeben, so daß er bis 1997 bei 116 % erwartet werden kann. /2/

Das DIW hat diese Situation wie folgt umrissen: "Die Reallöhne blieben (schon seit Anfang der 80-er Jahre) fast durchweg hinter dem Zuwachs der Produktivität zurück, die Arbeitseinkommensquote bzw. die bereinigte Lohnquote sind inzwischen auf dem tiefsten Stand der Nachkriegsgeschichte gefallen." /3/

Somit wird klar, daß ein Übergang zu einer realen Erhöhung der Löhne einen echten Bruch zur Vorperiode darstellt, der zu einem nun höheren Reallohniveau insgesamt führen sollte, als in den zurückliegenden sieben mageren Jahren der Lohnentwicklung.

2. Zum Inflationsausgleich in der Lohnpolitik

Da die volkswirtschaftliche Produktivität methodologisch auf einer feststehenden Preisbasis errechnet wird, muß natürlich auch die echt vergleichbare Lohnveränderung unter Korrektur mit dem Index der Lebenshaltungskosten gemessen werden. Lohnzuwachs und Produktivitätszuwachs sind also auf real vergleichbarer Preisbasis zu bewerten und politisch zu beurteilen.

Hiervon abweichend werden die "Lohnstückkosten" offiziell statistisch-methodologisch so ermittelt, daß Lohnneinkommen nicht inflationskorrigiert in den Berechnungsansatz einbezogen werden. Daraus folgt, daß an solchen "Lohnstückkosten" orientierte Bewertungen der Lohnpolitik zu verzerrten Vergleichsergebnissen im Sinne einer echten Überzeichnung der realen Lohnänderung kommen. Dieses ist also auf den Einfluß der Preisinflation auf die nominelle Lohnhöhe im offiziellen Index "Lohnstückkosten" zurückzuführen: er steigt mit dem nominellen Inflationsausgleich im Lohn.

Folglich gilt: ein bloßer Inflationsausgleich für Löhne kann kein ausreichendes Ziel für die zukünftige Lohnpolitik bilden. Bloßer Infationsausgleich bedeutet immer, daß es überhaupt keinen realen Anteil der Lohnempfänger am Produktivitätszuwachs gibt. Bei einer angestrebten Inflationsrate von etwa 2 % durch die Zentralbank wird folglich auch die gleiche nominale Bruttolohnrate von 2 % nur die verteilungsneutrale Ausgangsbasis einer künftigen wirklich "produktivitätsorientierten" Lohnpolitik bilden können.

3. Zur Primärverteilung des Volkseinkommens

Welche Aspekte eröffnet der jährliche effektive Produktivitätszuwachs der Volkswirtschaft für die Primärverteilung?

Die gesamtdeutsche Produktivitätsrate der Jahre 1991 bis 1996 liegt bei der Indexzahl (durchschnittlich) 1,022 je Jahr. Diese Zunahme basiert auf dem Bruttoinlandprodukt zu Basispreisen, ist also inflationsbereinigt.

Primär- oder neuverteilbar ist jedoch nicht das zugewachsene Bruttoinlandprodukt, sondern das hierin enthaltene neugeschaffene Volkseinkommen pro Jahr.

Die Primärverteilung des Volkseinkommens ist ein Resultat des marktwirtschaftlichen Prozesses, keineswegs ein Ergebnis allein von

Tarifkompromissen. Dieser wesentliche Unterschied wird oft "vergessen". Er muß jedoch dazu führen, daß die inhaltliche Deutung "Produktivitätsorientierung" eine Präzisierung erfährt.

Ausgangspunkt hierfür bildet die Primärverteilung des jährlichen Volkseinkommens: Das Volkseinkommen stieg in Deutschland zwischen 1991 und 1996 auf 119,75 %, d.h. die Steigerungsrate betrug durchschnittlich pro Jahr 1,031 und lag somit über dem zeitgleichen Produktivitätsanstieg von 1,022.

Bezogen auf das Volkseinkommen von 1996 in Höhe von 2.666,6 Mrd. DM war dies ein neu verteilter Zuwachs von 82,7 Mrd. DM zu laufenden Preisen. /4/

Dieser Zuwachs des Volkseinkommens wird originär der Primärverteilung zwischen Lohn und Kapital unterworfen, woraus sich die Lohnquote am Volkseinkommen und ebenso die Gewinnquote (Zins und Unternehmergeinn) zu laufenden Preisen ergeben. Eine Korrektur durch den Preisindex könnte natürlich den relativen Anteil der beiden Quoten nicht gegeneinander verschieben.

Erfolgt die Primärverteilung des Zuwachses des Volkseinkommens in Relation der letztjährigen Lohn- und Gewinnquote, bliebe deren neue Relation gegeneinander unverändert: die Verhältnisse zwischen Lohn- und Kapitaleinkommen würden sich nicht ändern. Dieser Effekt tritt nur ein, wenn sich Lohn- und Kapitaleinkommen ebenso erhöhen, wie das Volkseinkommen insgesamt, d.h. mit dessen Steigerungsrate.

(1) Es ist: $LA' = V' * LQ'$, und für $LQ' = 1,00$

folgt: $LA' = V'$
 =====

[für: LA' = Index des Lohnvolumens
 LQ' = Index der Lohnquotenänderung
 V' = Index des Volkseinkommens]

Wenn das jährliche Volkseinkommen also durchschnittlich um 3,1 % ansteigt, die Lohnquote unverändert bei 72,1 %-Anteil (1996) bleibt, würde das bedeuten, daß sich das Lohnvolumen für 1996 dann um 3,1 % oder einen exakten Betrag von 59,5 Mrd. DM hätte erhöhen müssen, um dieser letzten Primärverteilung zu entsprechen.

Tatsächlich stieg 1996 aber das effektive statistische "Einkommen aus unselbständiger Arbeit" in Deutschland nur um 19,3 Mrd. DM an. Folglich flossen in diesem Jahr 40,2 Mrd. DM weniger dem Lohnanteil über die Primärverteilung zu, als wenn man die bestehende Lohnquote erhalten hätte. Hier wirkte sich im marktwirtschaftlichen Prozeß u.a. der permanente Arbeitsplatzabbau aus, der die Gesamtlohnsumme der Arbeitnehmer verminderte.

Für 1997 war schon die effektive Steigerung des "Einkommens aus unselbständiger Arbeit" extrem gering, denn sie betrug kaum 3,9 Mrd. DM bei einem Zuwachs des Volkseinkommens von 72,5 Mrd. DM. (Es

handelt sich hierbei um Angaben für alle Beschäftigten insgesamt.)
 Das "Einkommen aus Unternehmertätigkeit" 1997 stieg aber um die so erkennbare Differenz von 68,6 Mrd. DM auch lt. VGR an.
 "Kein Grund für Sozialneid!" pflegen dann die Epigonen der Arbeitgeber zu verkünden.

Gleichzeitig wird klar, daß die Lohnquote der Primärverteilung immer dann sinkt, wenn die Lohnsumme relativ geringer anwächst als das Volkseinkommen. Letztlich wurde erkennbar:
 "Produktivitätsorientiert" ist ein Begriff der Tarifpolitik, der in seiner Bezogenheit zum Begriff "Bruttoinlandprodukt" auf die reale Primärverteilung im marktwirtschaftlichen Prozeß im Grunde nicht direkt adäquat aufsetzt.

4. Zur Determination der Wachstumsrate der Volkswirtschaft

Die Einpassung der Lohnpolitik in die volkswirtschaftliche Wachstumspolitik ist unter Beachtung folgender modellhafter Zusammenhänge zu beurteilen:

Wenn gilt: $P' = Ap' * Ak' * Az'$, und auch gilt: $AV' = Ak' * Az'$

dann ergibt sich:

$$(2) \quad \begin{array}{c} P' = Ap' * AV' \\ \hline \hline \end{array}$$

[für: P' = Index der Produktion
 Ap' = Index der Arbeitsproduktivität
 Az' = Index der Arbeitszeit je Beschäftigten
 Ak' = Index für Zahl der Vollarbeitskräfte
 AV' = Index des Arbeitsvolumens]

Sodann folgt für $P' = 1,00$ auch $Ap' * AV' = 1,00$ und

für $P' > 1,00$ folgt bei $Ap' > P'$ sodann $AV' < Ap'$

Nullwachstum entsteht, wenn die positive Rate der Produktivität gleich der negativen Rate des gesamten Arbeitszeitvolumens ist.
 (Hier ist Rate = Index)

Die Rate der Produktivität muß also stets höher gegenüber der Rate des Arbeitsvolumens sein, wenn ein Wachstum der volkswirtschaftlichen Leistung resultieren soll.

Bei einer durchschnittlichen Produktivitätsrate von 1,022 darf die erzielte Wirkung einer Verkürzung von Regelarbeitszeit auf das gesamte Arbeitsvolumens diesen Grenzwert folglich nicht übertreffen, soll überhaupt noch Wachstum des Bruttoinlandprodukts möglich werden.

Die Rate des gesamten Arbeitsvolumens wird nun durch die Rate der "Arbeitszeit je Beschäftigten" und die Rate der "Anzahl der Vollbeschäftigten (in Regelarbeitszeit)" bestimmt, mittels deren

multiplikativer Verknüpfung.

Um also die Rate der "Anzahl der Vollbeschäftigten" überhaupt zu erhöhen, dürfte z. B. für 1996 die Rate der "Arbeitszeit je Beschäftigten" maximal so stark fallen, daß in der Wirkung obiger Grenzwert von 1,022 aus der Produktivitätsrate nicht überschritten wird.

Je größer die Rate der "Anzahl der Vollbeschäftigten" in der Wirtschaft, um höher müßte die Produktivitätsrate steigen, um dann (bei Arbeitszeitverkürzung) noch ein höheres Wachstum von Produktion oder Leistung zu erreichen. Teilbeschäftigte sind natürlich auf Vollbeschäftigte umzurechnen.

Andrerseits ist zu beachten: als die wirtschaftsendogene Ursache von Arbeitsplatzverlusten stellt sich gerade die branchenbezogene Produktivitätssteigerung dar. Damit zeigt sich die Begrenztheit jener Zielstellung, das volkswirtschaftliche Wachstum zu forcieren, schon allein aus der echten Ambivalenz von Arbeitsplatz- und Produktivitätsrate.

Das hierin eingeschlossene Problem eines optimalen Lohnzuwachses je Arbeitsstunde ist offenbar multifaktoriell determiniert und insofern keine automatisch abhängige Variable von Produktivitätssteigerung. Dies unterstreicht ebenfalls die Relativität der Formulierung von "produktivitätsorientierter" Lohnpolitik.

Das exzessive Problem der volkswirtschaftlichen Mehrproduktion infolge von Produktivitätssteigerung sei hier nicht weiter erörtert.

5. Stundenlohnzuwachs und Produktivitätsrate

Folgt man einer primärverteilungsgerechten Lohnpolitik, dann treten reale Lohnzuwächse je Beschäftigten auf, die aber auch berücksichtigen müssen, wie sich die Gesamtzahl der Vollbeschäftigten dabei verändert hat oder im Jahr verändern soll. Letzteres widerspiegelt sich in der Rate des Arbeitsstundenvolumens.

Der Gesamtlohnzuwachs aller abhängig Beschäftigten liegt also außerhalb der einfachen direkten Abhängigkeit von der Produktivitätsrate, insofern er auch die Veränderungen des Arbeitsstundenvolumens mitenthält.

Diese logischen Elemente für die Bestimmung einer besseren künftigen Tarifpolitik sind einzubringen. Hierzu müssen weitere Abhängigkeiten aus makroökonomischer Sicht verdeutlicht werden.

Es wird an die Formel unter Pkt. 4. nochmals angeknüpft:

$$\text{Wenn gilt: } (2) \quad P' = AP' \cdot AV', \text{ dann ist: } AV' = \frac{P'}{AP'}$$

und wenn gilt:

$$(3) \quad StL' = \frac{AL'}{AV'}, \text{ dann ist:}$$

$$(4) \quad StL' = AP' \cdot \frac{AL'}{---}$$

P'

=====

[für: P' = Index der Produktion

AV'= Index d. Arbeitsstundenvolumens gesamt

AL'= Index des Lohnvolumens gesamt

AP'= Index der Produktivität

StL'= Index des Stunden-Bruttolohnes nach Primärverteilung]

Damit ist die Anstiegsrate des Stundenlohns makroökonomisch definiert als abhängige Variable der Produktivitätssteigerung, korrigiert um das Verhältnis aus Rate des (neuen) Lohnvolumens gemäß der Primärverteilung zur Rate des Produktionsvolumens.

Im Korrekturfaktor ($AL' \cdot 1/P'$) spiegelt sich der Gesamtlohnzuwachs gemäß der Primärverteilung des Volkseinkommens, aber auch die reziproke Wirkung des Produktionszuwachses selbst.

Der mögliche adäquate Zuwachs des Stundenlohns (StL') ergibt sich über einen Abgleich der Produktivitätsrate aus multifaktorieller Wirkung.

Damit wird exakt gezeigt, daß eine "produktivitätsorientierte" Lohnpolitik begrifflich diffus ist, wie zuvor angemerkt.

Mit diesem Ergebnis kommt man den Anforderungen der Konkretheit für die Tarifpolitik näher: hier wird der Stundenlohnzuwachs als abgeleitete Kennzahl im makroökonomischen Modellansatz bestimmbar und als Orientierungsgröße nutzbar.

Natürlich ist für Tarifverhandlungen nach wirtschaftszweiglichen Daten (z.B. auf Basis Wertschöpfung und Zweigproduktivität) bei vorhandener Möglichkeit zu präzisieren.

6. Lohnausgleich für Arbeitszeitverkürzung

Kurz zur Frage des Lohnausgleichs für eine generelle Arbeitszeitverkürzung. Nach vorliegenden Erfahrungen spaltet sich jede generelle Arbeitszeitverkürzung auf Unternehmensebene in einen Effekt zur Erhöhung der AK-Anzahl und einen zweiten Effekt zur Produktivitätssteigerung.

Im Endergebnis würde sich der Index der Produktion ursächlich nicht verändern, weil makroökonomisch immer noch nach dem o.a. Modellansatz

$$P' = AP' \cdot AK' \cdot AZ'$$

gilt. (Pkt. 4)

Ebenso gilt auch generell die zuvor ermittelte Relation für den Index des Stundenlohnes (StL') gemäß Pkt. 5, in welcher schon die Änderungsrate des Arbeitsvolumens $AV' = AK' \cdot AZ'$ eingeschlossen ist.

Daher ist es sinnvoll, den Index der Stundenlohnerhöhung direkt einschließlich der Arbeitszeitverkürzung AZ' über die Formel (4) zu bestimmen.

Soll der Stundenlohn nun stärker steigen als derartig abgegrenzt, dann muß auch der Produktivitätsindex (AP') entsprechend noch höher nach Formel (4) ansteigen. Eine weitere Mehrproduktion (P'') würde dann entstehen, die den noch höheren Lohnzuwachs einschließt.

Dies verdeutlicht die Schwierigkeit, von der makroökonomischen zur tariflichen Ebene des Lohnausgleichs für Arbeitszeitverkürzung zu gelangen. "Voller Lohnausgleich" wird dazu führen, daß sich der Teil des Effekts aus Arbeitszeitverkürzung, der sich auf Unternehmens-ebene in Produktivitätssteigerung auflöst, weiter erhöht. Das hat aber letztlich wiederum Rückwirkungen auf die produktivitätsbedingte Freisetzung von Arbeitskräften in den Unternehmen.

7. Zum Urteil in der Wirtschaftsforschung

Der Aufbruch des DGB zur "produktivitätsorientierten" Lohnpolitik alarmierte die neoliberale Schule der Wirtschaftsforschung, die das Frühjahrs-Gutachten der 6 Forschungsinstitute dominiert. Man hielt sich für veranlaßt, eine solche "produktivitätsorientierte" Lohnpolitik als ungeeignet abzulehnen, weil sie als "beschäftigungsneutral" gilt und daher für "Phasen anhaltender Unterbeschäftigung" nicht zutreffend sein könne. /5/

Eine induktive Beweisführung hierfür fehlt neuerlich. Es wird lediglich darauf verwiesen, daß "Produktivitätsgewinne aufgrund von Freisetzungen von Arbeitskräften, bei der Ermittlung des Verteilungsspielraums nicht berücksichtigt werden. Ansonsten würde die hohe Unterbeschäftigung zementiert."

Es fragt sich allerdings, woraus sich dann überhaupt ein neuer Verteilungsspielraum im Jahresverlauf ergeben sollte, wenn nicht aus der Produktivitätssteigerung.

Demgegenüber wird vom DIW als abweichende Minderheitsmeinung wiederum verfochten, mit Lohnzuwächsen entsprechend der "Summe aus Produktivitätszuwachs und Inflationsziel" eine Lohnpolitik durchzusetzen, die zur Belegung des Binnenmarktes über Nachfragesteigerung beitragen kann. Dieser Auffassung folgt auch Rudolf Hickel, wenngleich er direkt bezweifelt, "ob sich freilich diese vernünftige Lohnregel europaweit durchsetzt." /6/

Folgt man der neoliberalen Logik, wird Unterbeschäftigung nur dann aufgelöst, wenn der gesamte Produktivitätsgewinn in Unternehmerhand verbleibt. (Siehe obiges Zitat!)

Wodurch aber wäre abgesichert, daß dann der gesamte Produktivitätsgewinn-Zuwachs für Erweiterungsinvestitionen mit neuen Arbeitsplätzen im Inland genutzt würde? Wo sollte eine resultierende Mehrproduktion ihren Absatz finden?

Das Ergebnis wäre offensichtlich eine weitere Reallohnstagnation bei Arbeitnehmern, deren volkswirtschaftliche Folgen zu fortlaufender Binnenmarktrestriktion und zur forcierten Außenmarktexpansion führen müßten. Betriebswirtschaftlich geht es primär um Preisvorteile im Wettbewerb (bei sinkenden Lohnstückkosten) und um die maximale Finanzierung für eigene Direktinvestitionen der Konzerne im Ausland.

Besonderheiten zeigt die u.a. vom IWH empfohlene Lohnpolitik für Ostdeutschland, da hier speziell die Auffassung vertreten wird, daß

eine mehrjährige "Lohnpause" /7/ dafür erforderlich sei, um mindestens die Rentabilitätsschwelle in zahlreichen Unternehmen erreichen zu können. Das führt dann zur weiteren Aufweichung der Flächentarife infolge von rein betrieblichen Lohnvereinbarungen.

Allerdings hatte das IWH zuvor auch nachgewiesen, daß die für Ostunternehmen (KMU) typischen niedrigeren Marktpreise (aus Gründen der Marktbehauptung) die Produktivität und damit auch die Rentabilität erheblich mindern. /8/ Der negative Effekt auf die Produktivität beträgt durchschnittlich 11 % (mit Schwerpunkt im Produzierenden Gewerbe) und ist damit in jener Größenordnung, die durch "Lohnpause" und künftigen Produktivitätsvorsprung lt. IWH neutralisiert werden könnte bzw. sollte.

Dies wirft für Ostdeutschland u.a. die Frage auf, ob mehrjährige Stagnation der Reallöhne zur "Normalisierung" der Geldakkumulation für die Angleichung der Anlagenausstattung im Produzierenden Gewerbe führen kann. Immerhin ist zu beachten, daß bei manchen westdeutschen Konzerntöchtern im Osten eine Gewinnverlagerung durch niedrige innerkonzernliche Verrechnungspreise verbreitet ist.

Lohnstagnation Ost und Lohnanstieg West würden zu einem nationalen Spannungsfeld in der DGB-Lohnpolitik führen, dessen Folgen zu bedenken sind.

8. Wirkung von Geldpolitik auf die Lohnpolitik

Die Förderung einer "produktivitätsorientierten" Lohnpolitik ist auch unter dem Aspekt der Steuerung seitens der Geldpolitik zu beurteilen.

Unter den Bedingungen einer ausgeprägten zyklischen Wirtschaftsentwicklung mit ebensolchen Schwankungen der Produktivität ist die zyklische Ausprägung einer adäquaten Lohnpolitik schwierig. Die Tarifpartner stehen gegenüber der tatsächlich erfolgten Schwankung der Produktivität mit Lohnanpassungen im Zeitverzug schon infolge der längeren bzw. zyklusunabhängigen Tarifbindungsfristen.

Eine übervorsichtige Geldpolitik der Bundesbank konnte dann auch bisher dazu führen, daß wegen früh befürchteter Inflationsgefahren zu zeitig auf eine Geldverknappung umgesteuert wurde, die dann investitionsund damit wachstumshemmend wirkte. /9/

Unter den Bedingungen des EWU-Systems der Geldpolitik ist nun eine Differenzierung der zentralisierten Zinspolitik auf nationale Unterschiede im Konjunkturverlauf nicht mehr möglich. Die EZB legt nur einheitliche Zinshöhen fest.

Dies wird zu einer Angleichung bzw. Überlagerung von bisher gegeneinander verschobenen Konjunkturzyklen von Ländern im EWU-Raum führen. Gleichzeitig entfällt auch eine stimulierende Funktion der EZB-Geldpolitik für den "Korridor" jener "produktivitätsorientierten" Lohnpolitik, die noch in nationalen Räumen autonom und dezentral von den Tarifpartnern angestrebt werden muß.

Es wird dann die "EZB-einheitliche Zinspolitik" auf regionale Lohntarifdifferenzierungen eher nivellierend einwirken, während der verschärfte Kostensenkungswettbewerb dann produktivitätsdifferenzierend wirken muß.

"Mit dem Euro werden sich die Rahmenbedingungen für die Lohnpolitik nachhaltig ändern," schlußfolgert Rudolf Hickel. /10/

Leistungsstarke und -schwache Regionen im EWU-Raum könnten dann wirtschaftlich-sozial und bald auch politisch auseinanderdriften.

9. Zur Senkung von Lohnnebenkosten

Die politische Betonung der Senkung der Lohnnebenkosten ist zwiespältig: die unternehmensseitigen Vorteile und die sozialpolitischen Anforderungen sind ambivalent, und die hierfür erforderliche Gegenfinanzierung durch Steuern ist es ebenso.

Lohnnebenkosten, die von den Unternehmen gezahlt werden, stellen eine Minderung der Bruttogewinne dar und sind insofern vom Grunde her ein Teil der Primärverteilung des Volkseinkommens, und zwar der Lohnquote. Ihre Reduzierung durch Umfinanzierung jedoch fällt bereits in den Bereich der sekundären Umverteilung.

Der unternehmerische Druck auf die Senkung der Lohnnebenkosten, wie er z.Z. durch die BDA-Forderung in Höhe von 4 Senkungspunkten vertreten wird, flankiert die Lohnpolitik. Daher folgendes: Die Umfinanzierung von Sozialkosten in Deutschland durch Steuern würde zwar direkt die Nettolöhne erhöhen und die Lohnnebenkosten senken, aber auch potentiell den Gewinn der Unternehmen (vor Steuern) erhöhen.

Letzteres wäre insofern ungerechtfertigt, als die Lohnstückkosten gesamtwirtschaftlich einschließlich Lohnnebenkosten ermittelt werden und eine international vergleichsweise günstige Entwicklung im Durchschnitt aller deutschen Unternehmen aufweisen. /11/ Zuletzt ist sogar die Tendenz der deutschen Lohnstückkosten seit 1996 wieder fallend /12/, was echte Wettbewerbsvorteile für deutsche Unternehmen innerhalb der EU eröffnet.

Für die deutsche Lohnstückkostenentwicklung im statistischen EU-Vergleich sind die geforderten Minderungen von Lohnnebenkosten seitens der Unternehmerschaft also keineswegs generell entscheidend. Für die Untergruppe kleiner und mittlerer Unternehmen gibt es hierzu leider keine abgegrenzten Daten, um spezifische Abweichungen zur vorigen Feststellung zu objektivieren.

Für die Gegenfinanzierung der Senkung von Lohnnebenkosten würden ganz erhebliche Steuermittel benötigt. Nun wäre gesetzlich zu regeln, ob diese Umfinanzierung durch Mehrwertsteuererhöhung (zu Lasten der soeben gestiegenen Nettolöhne) oder/und durch höhere Gewinnsteuern aufzubringen bzw. endzuverteilen ist.

Was die Nettolöhne anbelangt, so darf man die künftige Tendenz der Sozialabgabe für die Pflegeversicherung nicht unbeachtet lassen, die ja allein durch die Arbeitnehmer getragen wird.

Die unternehmerische Gewinnlage im Produzierenden Bereich der deutschen Wirtschaft ist insgesamt (durchschnittlich) so günstig, daß eine durchgängige Entlastung von Lohnnebenkosten keineswegs überlebenswichtig sein kann. Die Bundesbank konstatiert soeben, daß sich "die Ertragsverhältnisse und Eigenfinanzierungsmöglichkeiten der Unternehmen in Deutschland generell spürbar verbessert haben."

/13 /

Möglicherweise ließe sich aber eine kompensatorische Entlastung auch gezielt für eine Gruppe Unternehmen, z.B. für die mit unter 50 Beschäftigten, sinnvoll gestalten.

Es ergibt sich die Alternative, ob die Verstärkung der Binnenkaufkraft durch höhere Masseneinkommen (und eventuell Produktivkapitalbildung für Arbeitnehmer), oder aber eine Vermehrung der Unternehmergewinne für die Global Player das Ergebnis der steuerlichen Umfinanzierung von Lohnnebenkosten sein wird.

10. Soziale Alimentierungsquellen

Abschließend kurz zur Frage der Quelle von Subsistenz-Alimentierung für die Beschäftigungslosen infolge der saldierten Arbeitsplatzverluste.

Da diese Menschen das offensichtliche wirtschaftsendogene Opfer der fortgesetzten Produktivitätssteigerung /*/ sind, sollte alsbald der gesamte Wertschöpfungsumfang als Basis ihrer sozialen Alimentierung herangezogen werden. Man kann auf Dauer und im Ausmaß dieser wachsenden Alimentierung nicht weiter die realen Bruttolöhne der Arbeitnehmer mit noch höheren Sozialabgaben belasten.

Diese Frage der sekundären Umverteilung infolge der permanenten Arbeitslosigkeit und ihrer sozialen Folgen führt dann stets zur Steuer- und Abgabepolitik und damit zur Frage der (wachsenden) Quote für Sozialleistungen.

Nach Angaben von 1996 ist die Sozialleistungsquote in einigen EU-Ländern höher als in Deutschland, wo sie sich in den Jahren zwischen 1985 und 1995 kaum veränderte und jetzt nahe am EU-Durchschnitt liegt:

Sozialleistungsquote im Internationaler Vergleich (1993, ECU)

| | | | |
|-------------|------|--------------|------|
| Schweden | 39,7 | Belgien | 26,4 |
| Finnland | 34,4 | Italien | 24,7 |
| Dänemark | 32,4 | Luxemburg | 23,7 |
| Niederlande | 31,9 | Spanien | 23,2 |
| Deutschland | 29,7 | Irland | 20,5 |
| Frankreich | 29,2 | Portugal | 17,6 |
| Österreich | 28,1 | Griechenland | 15,5 |
| England | 26,7 | | |
| | | EU: | 28,2 |

(Quelle: eurostat 1996)

Sozialleistungsquote in Deutschland (% vom Bruttoinlandprodukt)

| | | | | | | | |
|------|------|------|------|------|------|------|---|
| 1965 | 1970 | 1975 | 1980 | 1985 | 1990 | 1995 | |
| 24,0 | 26,6 | 33,9 | 32,6 | 31,7 | 29,3 | 31,2 | % |

*/ Damit schlieÙe ich mich nicht jener Auffassung an, die als originäre Ursache der Arbeitslosigkeit jene Geldpolitik betrachtet, die vorzeitige oder vermeidbare Restriktionen der unternehmerischen Investitionsneigung induziert.

Um die Sozialleistungsquote wirksam zu senken, muß die Massenarbeitslosigkeit in Deutschland (und in der EU insgesamt) reduziert werden. Allein 1997 sind die Kosten der Arbeitslosigkeit in Deutschland um 10,6 % auf 166 Mrd. DM gestiegen. Rasche Fortschritte beim "Aufbau Ost" würden sich über verringerte soziale Transfers gleichfalls positiv auswirken.

11. Fazit

Die künftige "produktivitätsorientierte" Lohnpolitik des DGB hilft hierfür günstige Wachstumsbedingungen auf dem Binnenmarkt zu schaffen und den produktivitätsbedingten Zuwachs am Volkseinkommen für die Arbeitnehmer möglichst optimal abzugrenzen.

Von der Mehrheit der Wirtschaftsforschungsinstitute ist hierbei aber keine Hilfestellung zu erwarten:

"Soll die Arbeitsmarktsituation verbessert werden, ist eine weitere Lohnzurückhaltung erforderlich. Dies gilt für einzelne Länder ebenso wie für den Währungsraum insgesamt." /14/

Die neoliberale Kampfansage ist dem DGB also gewiß!

Kommt es unter einer SPD-geführten Bundesregierung zu einer Neuformierung des "Bündnisses für Arbeit", wird die dann erfolgende Interpretation der Lohnpolitik die Basis für den Erfolg.

Für die EWU-Rahmenbedingungen aber wird entscheidend sein, ob es zu einem Konsens der EU-Staaten gegen die (neoliberalen Statuten der) EZB bezüglich einer gemeinsamen Arbeitsmarktpolitik kommen kann und wird.

- Ende -

Nachweise:

/1/ DGB, "Informationen zur Wirtschafts- und Strukturpolitik", Nr. 2/98, S. 7, S. 2

/2/ Produktivitätsangaben allein für Westdeutschland sind mir nicht zugänglich.

Vergl.: "Wirtschaft '97 in Zahlen", S. 27 Herausgeber BMWi 1998

/3/ DIW-Wochenbericht, Nr. 20-21/98, S. 364

- /4/ "Bundesbankbericht", Nr. 4/98, S. 61*
- /5/ DIW-Wochenbericht, Nr. 20-21/98, S. 362
- /6/ Rudolf Hickel, "Standort-Wahn und Euro-Angst", rororo 1998, S. 244
- /7/ IWH, "Wirtschaft im Wandel", Nr. 7/98, S. 16
- /8/ IWH, "Wirtschaft im Wandel", Nr. 4/98, S. 19
- /9/ DIW-Wochenbericht, Nr. 1-2/98, S. 16/17
- /10/ Rudolf Hickel, ebd., S. 243
- /11/ DGB, "Informationen zur Wirtschafts- und Sozialpolitik",
Nr. 2/1998, S. 33 ff.
- /12/ DIW-Wochenbericht, Nr. 20-21/98, S. 367 (Schaubild)
- /13/ Deutsche Bundesbank, Monatsbericht Mai 1998, S. 36
- /14/ DIW-Wochenbericht, Nr. 20-21/98, S.354

Quelle: